

Die Abraham Accords, mit denen Israel 2020 und 2021 seine Beziehungen zu den Vereinigten Arabischen Emiraten VAE, Bahrain, Marokko und Sudan normalisierte, werden sechs Jahre alt. Bemerkenswert ist weniger dieses Jubiläum als der Umstand, dass die Abkommen überhaupt noch bestehen. Sie haben das Hamas-Massaker vom 7. Oktober 2023 überstanden, den Gaza-Krieg, den Schlagabtausch mit Iran und in jüngster Zeit 2026 den Mekka-Pakt. Wie geht es mit den Abraham Accords weiter?

Von Mohamed Diwan 

Die Oslo-Gespräche 1993 zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO waren als Versöhnungsprojekt angelegt. Zuerst sollte Vertrauen entstehen, dann sollten sich die Gesellschaften annähern, am Ende stünde die Sicherheit. Die Zweite Intifada beendete dieses Projekt.

Die Abraham Accords, die der jüdische Staat mit verschiedenen muslimischen Staaten vor sechs Jahren vereinbarte, kehrten die Reihenfolge um: Zuerst sollten die Interessen unter einen Hut gebracht werden, dann die Institutionen. Gesellschaftliche Annäherung ist bei diesem Vorgehen bestenfalls eine Spätfolge. Das mag langfristig betrachtet zwar eine Schwäche sein, aber es erklärt, weshalb die Abkommen die Konflikte wie den Gaza-Krieg und den Krieg mit dem Iran überdauert haben.

Sicherheitskalkül der Regierungen

Meist wird übersehen, in welcher Position der Stärke Israel in der Lage war, diese Abkommen abzuschliessen: Frühwarnsysteme, Raketen- und Drohnenabwehr, Cyberkapazitäten und der Zugang zu einem der dichtesten Innovationsökosysteme der Welt. In dieser Währung bezahlte der jüdische Staat die Normalisierung mit den arabischen Accord-Partnern. Mit Erfolg: Zwischen 2020 und 2024 wuchs der israelische Handel mit den Partnerstaaten deutlich, am stärksten gegenüber den Emiraten. Dazu kamen Verteidigungsprojekte mit Marokko. Möglich gemacht hat diese Entwicklung also die israelische Leistungsfähigkeit, nicht arabisches Wohlwollen.

Der Gaza-Krieg war die härteste Belastungsprobe der Abraham Accords. Doch kein Partnerstaat brach die Beziehungen zu Israel ab. Die Emirate hielten die diplomatischen Kanäle offen, der Handel lief gedämpft weiter, Marokko setzte die

sicherheitspolitische Kooperation fort. Bahrain geriet unter erheblichen Druck, blieb aber formell im Rahmen der Abkommen.

Ablehnung in der Bevölkerung

Der Arab Opinion Index, mit dem in den arabischen Ländern die Stimmung in der Bevölkerung gemessen wird, wies für 2025 aus, dass 87 Prozent der Befragten eine offizielle Anerkennung Israels ablehnen. Nur 6 Prozent würden sie akzeptieren, wobei die meisten dieser Befürworter ihre Zustimmung von der Gründung eines palästinensischen Staates abhängig machen.

Im Durchschnitt 44 Prozent der Bevölkerung in den arabischen Ländern sehen in Israel die grösste Bedrohung der eigenen Sicherheit – noch vor den USA und dem Iran. Dies zeigt, wie tief verankert die Abneigung gegen den jüdischen Staat in den arabischen Ländern ist. Denn objektiv betrachtet, lässt sich das nicht erklären, zumal der Iran in diversen arabischen Ländern bewaffnete Stellvertreter-Organisationen unterhält und diese Staaten von innen aushöhlt.

Dass dennoch Israel als der grösste Feind wahrgenommen wird, ist das Ergebnis jahrzehntelanger staatlicher Erzählung mit antisemitischen Motiven, Verschwörungsnarrativen und der Dämonisierung Israels in Schulbüchern, Medien und Predigten. Die Ablehnung des jüdischen Staates – beziehungsweise der Juden insgesamt – ist damit weitgehend endogen. Sie ist älter als die Siedlungen und älter als der Staat Israel.

Die Abraham Accords sind somit eine Normalisierung auf Regierungs- und Geschäftsebene ohne Beteiligung der Bevölkerung in den arabischen Ländern.

Saudi-Arabien korrigiert sein antisemitisches Narrativ

Die arabischen Partner von Israel erkennen zunehmend, dass dies langfristig nicht genügt. So zeigt ein neuer Bericht der israelischen Non-Profit-Organisation IMPACT-se, dass die saudischen Lehrpläne für 2024–26 praktisch frei von antisemitischer Hetze sind. Gestrichen wurden Passagen, die Juden als Feinde Gottes darstellen, den Zionismus als «rassistische europäische Bewegung» diffamieren oder Israel die

Brandstiftung an al-Aqsa unterstellen. An ihre Stelle sind Texte über Koexistenz und kritisches Denken getreten.

Das ist ein Fortschritt. Dahinter steckt höchstwahrscheinlich kein moralischer Sinneswandel, sondern die Vision 2030, das grosse Modernisierungs- und Transformationsprogramm, mit dem Saudi-Arabien seine Wirtschaft modernisieren, seinen internationalen Ruf verbessern und Spielraum für Sicherheits- und Technologiepartnerschaften gewinnen will. Antisemitische Lehrbücher sind dafür ungeeignet.

An ihrem sechsten Jahrestag illustrieren die Abraham Accords damit, dass nicht nur Versöhnungen eine Kooperation möglich machen können, sondern dass es auch umgekehrt geht: die Aussicht auf eine Kooperation kann dazu führen, ein althergebrachtes Narrativ zu revidieren. Israels wirtschaftliche und militärische Attraktivität hat damit das Potenzial, stärker gegen arabischen Antisemitismus zu wirken als jede Verlautbarung einer Regierung. Allerdings wirken Lehrplanreformen erst über Generationen hinweg, nicht innerhalb von Legislaturperioden.

Zwei Zukunfts-Szenarien für die Abraham Accords

Die Abraham-Abkommen können sich in zwei Richtungen entwickeln. Entweder wachsen sie zu einer echten Sicherheits- und Wirtschaftsarchitektur zusammen. Dafür bräuchte es einen saudischen Beitritt, eine engere Einbindung Jordaniens und Ägyptens und eine US-Regierung, welche diese Ordnung aktiv fördert. Oder die Abkommen bleiben, was sie heute sind: ein Netz transaktionaler Beziehungen, nützlich für Handel und Technologie, ohne gesellschaftliche Tiefe und zunehmend überlagert von konkurrierenden Bündnissen (siehe dazu: [«Der Mekka-Pakt und seine Bedeutung für Israel»](#)). Ein kalter Frieden, der so lange hält, wie die Rechnung stimmt.

Wohin sich die Abraham Accords entwickeln werden, hängt davon ab, wie es mit dem Iran, den Palästinensern und den USA weitergeht. Erhalten die Palästinenser einen eigenen Staat – was zum heutigen Zeitpunkt auf eine Belohnung des Terrorakts vom 7. Oktober 2023 hinauslaufen würde? Setzen die USA im Nahen Osten in der Sicherheitspolitik weiterhin auf Israel oder gehen sie andere Bündnisse ein? Die Beantwortung dieser Fragen wird auch für die Zukunft der Accords

entscheidend sein.

Sicher ist: Der qualitative militärische Vorsprung Israels bleibt die Geschäftsgrundlage der Abraham Accords. Denn Stärke ist in dieser Region der Welt die Voraussetzung für Frieden. Die Frage lautet allerdings: Reicht Israels Stärke, um aus dem heutigen kalten Frieden eine langfristig stabile Ordnung zu machen. Also eine Ordnung, die nicht bloss von den Regierungen angeordnet ist, sondern auf einem Umdenken in der arabischen Bevölkerung beruht – so wie es mit der Neuausrichtung der Schulbücher in Saudi-Arabien jetzt versucht wird.

Denn ein Frieden, der ausschliesslich von den Regierungen abhängt und vom Volk nicht mitgetragen wird, bedeutet im Nahen Osten keine Stabilität. Sechs Jahre Abraham Accords sind deshalb eine positive Entwicklung, aber noch kein Garant für die Zukunft.

Mohamed Diwan ist ein arabischer Politanalyst. Er lebt in der Schweiz.